

Lebensbedingungen und Lebensqualität
**Menschen mit Behinderungen
und die COVID-19-Pandemie:
Erkenntnisse aus der Online-Erhebung
Leben, Arbeiten und COVID-19**



Verwenden Sie bei Verweisen auf diesen Kurzbericht bitte folgenden Wortlaut:

Eurofound (2022), *Menschen mit Behinderungen und die COVID-19-Pandemie: Erkenntnisse aus der Online-Erhebung Leben, Arbeiten und COVID-19*, Reihe „COVID-19“, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Verfasserin: Daphne Ahrendt

Forschungsleiterin: Daphne Ahrendt

Forschungsprojekt: Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen (190806)

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2022

Dieser Kurzbericht und die zugehörigen Materialien sind online abrufbar unter <http://eurofound.link/ef22019>

Er ist Teil der Reihe „COVID-19“ von Eurofound. Die vollständige Reihe ist abrufbar unter <http://eurofound.link/efs023>

© Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 2022

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Die Genehmigung zur Verwendung oder Vervielfältigung von Fotos oder sonstigen Materialien, die nicht dem Urheberrecht von Eurofound unterliegen, ist direkt beim Urheberrechtsinhaber einzuholen.

Titelbild: © Михаил Решетников/Adobe Stock Photos

Weitere Bilder: S. 1 © Drazen/Adobe Stock Photos; S. 2 © Lisa F. Young/Adobe Stock Photos; S. 5 © Africa Studio/Adobe Stock Photos; S. 20 © Vergani Fotografia/Adobe Stock Photos; S. 22 © Thomas Bethge/Shutterstock

Fragen zum Urheberrecht sind in Schriftform zu richten an: copyright@eurofound.europa.eu

Forschungsarbeiten, die vor dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union am 31. Januar 2020 durchgeführt und anschließend veröffentlicht wurden, können Angaben zu den 28 EU-Mitgliedstaaten enthalten. Nach diesem Datum werden nur noch die 27 EU-Mitgliedstaaten (EU-28 ohne das Vereinigte Königreich) in den Forschungsarbeiten berücksichtigt, sofern nichts anderes angegeben ist.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine dreigliedrige Agentur der Europäischen Union, die 1975 gegründet wurde. Gemäß der Verordnung (EU) 2019/127 hat sie den Auftrag, Fachwissen im Bereich sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Strategien bereitzustellen.

Druckfassung: ISBN: 978-92-897-2261-2 ISSN: 2599-8129 doi:10.2806/443779 TJ-AR-22-001-DE-C

PDF: ISBN: 978-92-897-2255-1 ISSN: 2599-8161 doi:10.2806/353471 TJ-AR-22-001-DE-N

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

Telefon: (+353 1) 204 31 00

E-Mail: information@eurofound.europa.eu

Internet: www.eurofound.europa.eu



Einleitung

Die Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, steht weit oben auf der politischen Agenda der EU: Diese Menschen, die zu einer der am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in der EU gehören, sind im Vergleich zur Gesamtbevölkerung weniger stark am Arbeitsmarkt vertreten, leisten weniger Arbeitsstunden und sind spürbarer von sozialer Ausgrenzung betroffen.

Wie aus mehreren jüngeren Eurofound-Studien hervorgeht, hat sich die Situation zahlreicher Bevölkerungsgruppen, die schon vor der Krise benachteiligt waren, durch die COVID-19-Pandemie noch weiter verschärft. In dem Bericht *Die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen in der EU* wird nahegelegt, dass die Pandemie einen direkteren Einfluss auf das psychische Wohlbefinden junger Menschen gehabt hat, und zwar nicht nur, weil diese Menschen ihren Arbeitsplatz verloren haben und ihnen Bildungschancen entgangen sind, sondern auch, weil durch Ausgangsbeschränkungen ihre sozialen Kontakte gelitten haben und sie ihre Zukunftspläne verschieben mussten. In den Schlussfolgerungen des gemeinsam mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) verfassten Kurzberichts *Aufwärtskonvergenz der Gleichstellung der Geschlechter: Wie weit ist die Union der Gleichheit noch entfernt?* heißt es, dass die Entwicklungen infolge der COVID-19-Krise drohten, die jüngsten Erfolge in der Geschlechtergleichheit zunichte zu machen, insbesondere in den im Gleichstellungsindex berücksichtigten Bereichen Arbeit und Zeit.

Es ist aufgezeigt worden, dass Menschen mit Behinderungen überproportional von Krisen, einschließlich Gesundheitsnotständen, betroffen sind und dass Maßnahmen zur Krisenbekämpfung nicht immer inklusiv ausgerichtet oder für diese Bevölkerungsgruppe zugänglich sind (Hillgrove et al., 2021). Durch die COVID-19-Pandemie haben sich die Herausforderungen weiter verschärft, vor denen Menschen mit Behinderungen in den verschiedenen und doch miteinander verknüpften Bereichen ihres Lebens stehen: Gesundheit, soziale Verhältnisse und Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die nach wie vor mangelnde Chancengleichheit in der Gesellschaft ist möglicherweise einer der Gründe, warum Menschen mit Behinderungen stärker von der Krise betroffen waren.

Dieser Kurzbericht enthält eine Analyse der Situation der Menschen während der COVID-19-Pandemie, wobei der Schwerpunkt auf dem Vergleich zwischen Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen liegt. Es wurde eine Reihe von sozialen Indikatoren untersucht, die in der dritten Runde der Online-Erhebung *Leben, Arbeiten und COVID-19* von Eurofound berücksichtigt worden sind. Mit dieser Online-Erhebung wurden die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie auf die Europäer beleuchtet. Die dritte Runde fand im Februar und März 2021 statt, als in den meisten Mitgliedstaaten infolge einer zweiten bzw. dritten Welle der Pandemie erneut strenge Ausgangsbeschränkungen galten.



Politischer Kontext

Die EU beruht auf den Werten der Chancengleichheit, der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte. Mit der neuen Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030 und der Europäischen Säule sozialer Rechte hat die EU ihren Fokus weiter verstärkt, für die Bürger der Europäischen Union wirksamere Rechte durchzusetzen. Grundsatz 3 der Säule verpflichtet die EU, Chancengleichheit unterrepräsentierter Gruppen zu fördern, und besagt:

Unabhängig von Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung hat jede Person das Recht auf Gleichbehandlung und Chancengleichheit im Hinblick auf Beschäftigung, sozialen Schutz, Bildung und den Zugang zu öffentlich verfügbaren Gütern und Dienstleistungen.

In Grundsatz 17 ist konkret festgehalten: „Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Einkommensbeihilfen, die ein würdevolles Leben sicherstellen, Dienstleistungen, die ihnen Teilhabe am Arbeitsmarkt und am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, und ein an ihre Bedürfnisse angepasstes Arbeitsumfeld.“

Im Jahr 2010 wurde von der Kommission die Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010–2020 vorgelegt, die als politischer Rahmen für die Einhaltung der Verpflichtungen dienen sollte, die die EU 2006 mit dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingegangen war; in diese Strategie, bei der den in den Verträgen eingeräumten Befugnissen Rechnung getragen wurde, waren die Erfahrungen aus dem Aktionsplan der EU zugunsten behinderter Menschen (2004–2010) eingeflossen. Mit der Strategie 2010–2020 gelang es, die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen zu verbessern und Beeinträchtigungen der Aktivität zu einem Schwerpunktthema der Agenda der EU zu erklären. Doch ungeachtet der im Rahmen dieser Strategie unternommenen Anstrengungen haben Menschen mit Behinderungen nach wie vor in vielen Lebensbereichen mit Nachteilen zu kämpfen.

Mit der neuen Strategie – *Union der Gleichheit: Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030* – wird das Ziel verfolgt, das Leben von Europäern mit Behinderungen in den kommenden zehn Jahren zu verbessern. Laut dieser Strategie ist es an der Zeit, die Maßnahmen zu intensivieren, da es durch die COVID-19-Pandemie mit ihren

wirtschaftlichen Folgen noch dringlicher geworden ist, die diesbezügliche Ungerechtigkeit zu beseitigen. Mit der Strategie wird eine intersektionale Perspektive für den Abbau spezifischer Hindernisse verfolgt und gefördert, mit denen Menschen mit Behinderungen konfrontiert sind, die aufgrund ihrer Mehrfachzugehörigkeit zu verschiedenen Identitäten (Geschlecht, Hautfarbe, ethnische Herkunft, sexuelle Identität oder Religion)

diskriminiert werden oder sich in einer schwierigen sozioökonomischen oder sonstigen prekären Lage befinden.

Wichtig wird dabei sein, regelmäßig die Fortschritte zu ermitteln, die in den kommenden zehn Jahren erzielt werden. Die in diesem Kurzbericht vorgelegten Daten dienen dazu, politische Entscheidungsträger zu Beginn der neuen Strategie über die Lage von Menschen mit Behinderungen aufzuklären.

Wichtigste Erkenntnisse

- Aus der im Frühjahr 2021 durchgeführten Online-Erhebung *Leben, Arbeiten und COVID-19* geht hervor, dass die soziale und finanzielle Situation von Menschen mit Behinderungen in der EU deutlich schlechter ist als die von Menschen ohne Behinderungen. Dieses Ergebnis zieht sich durch alle fünf Ländercluster, die im Rahmen dieser Studie untersucht wurden, sowie durch alle soziodemografischen Gruppen: Alter, Geschlecht, Bildungsstand und wirtschaftlicher Status.
- Während der COVID-19-Pandemie benötigten viele der Befragten mit Behinderungen Gesundheitsleistungen, die sie jedoch nicht in Anspruch nehmen konnten. Als wichtigster Grund hierfür wurde sowohl von Befragten mit Behinderungen als auch von denen ohne Behinderungen die fehlende Verfügbarkeit von Terminen genannt; demgegenüber gaben deutlich mehr Menschen mit Behinderungen Kosten als einen wichtigen Grund an. Mit der Analyse konnte aber auch aufgezeigt werden, dass aufgrund der medizinischen Versorgungslücken das Vertrauen in das Gesundheitsversorgungssystem zurückgegangen ist.
- Im Frühjahr 2021 gaben viele der Befragten mit Behinderungen an, dass es ihnen psychisch nicht gut ging. Durchschnittlich waren 7 von 10 der Befragten aus dieser Personengruppe nach dem „WHO-5 Mental Well-being Index“ depressionsgefährdet. Einsamkeit war besonders in der jüngsten Alterskohorte (18–34 Jahre) und unter den Befragten ohne Beschäftigung weit verbreitet, wobei ein Großteil von ihnen zusätzlich angab, sie würden sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen.
- Die Umfrageteilnehmer mit Behinderungen befanden sich in einer finanziell schwierigeren Lage als die Teilnehmer ohne Behinderungen. Selbst die Erwerbstätigen unter ihnen hatten häufiger mit finanzieller Unsicherheit zu kämpfen. Aus der Online-Erhebung geht hervor, dass deutlich mehr erwerbstätige Befragte mit Behinderungen Schwierigkeiten hatten, über die Runden zu kommen, als die Erwerbstätigen ohne Behinderungen.
- Die Tatsache, sich in einer sozial und finanziell benachteiligten Situation zu befinden, hat einen maßgeblichen Einfluss darauf, wie sich Menschen mit Behinderungen die Zukunft vorstellen: Nur 3 von 10 der Befragten äußerten sich diesbezüglich optimistisch. In allen Länderclustern und soziodemografischen Gruppen sind die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe weitaus weniger häufig optimistisch, was ihre Zukunft anbelangt, als diejenigen ohne Behinderungen.
- Mit der Erhebung wird die schwierige Lage junger Menschen mit Behinderungen deutlich. Bei fünf der neun in diesem Bericht analysierten Indikatoren (Vertrauen in das Gesundheitsversorgungssystem, Einsamkeit, Gefühl der Ausgeschlossenheit von der Gesellschaft, finanzielle Instabilität und Zukunftsoptimismus) war die Kluft zwischen denen mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen in der jüngsten Altersgruppe am größten. Ferner geht aus der Erhebung die besonders schwierige Lage von Menschen mit Behinderungen hervor, die ohne Beschäftigung sind.
- Die Erhebung ergab, dass speziell in den nordischen Mitgliedstaaten (Dänemark, Finnland und Schweden) große Unterschiede zwischen Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen bestehen. Bei vielen der Indikatoren wurden einige der größten Diskrepanzen in diesem Ländercluster festgestellt.



Detaillierte Analyse

Einleitung

Dieser Kurzbericht enthält die Ergebnisse einer Untersuchung, bei der die Situation von Menschen mit Behinderungen während der COVID-19-Pandemie unter besonderer Berücksichtigung von vier Bereichen beleuchtet wurde, in denen die Pandemie einen großen Einfluss auf das Leben der Menschen hatte: Zugang zu medizinischer Versorgung, psychisches Wohlbefinden, finanzielle Situation und Zukunftsoptimismus.

Daten und Indikatoren

Die Beweise liefern neun soziale Indikatoren, die in der dritten Runde der im Frühjahr 2021 durchgeführten Online-Erhebung *Leben, Arbeiten und COVID-19* von Eurofound berücksichtigt worden sind; bei dieser Erhebung wurden über 45 000 Personen aus den Mitgliedstaaten der EU befragt.

Bei dieser Analyse wurden die Antworten der Menschen mit Behinderungen mit denen ohne Behinderungen auf EU-27-Ebene bei detaillierter Betrachtung von fünf Länderclustern verglichen:

- **Baltische Staaten:** Estland, Lettland und Litauen
- **Länder in Mittel- und Osteuropa (MOE-Länder):** Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn

- **Kontinentaleuropäische Staaten:** Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande und Österreich sowie Irland, das nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU zu dieser Gruppe hinzugefügt wurde
- **Mittelmeerraum:** Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern
- **Nordische Staaten:** Dänemark, Finnland und Schweden

Im Rahmen der Studie wurde die Variation in den vier soziodemografischen Variablen untersucht: Geschlecht, Altersgruppe, Bildungsstand und wirtschaftlicher Status.

Darüber hinaus wurde anhand einer Lückenanalyse für jeden Indikator entweder der prozentuale Anteil oder der Mittelwert für Menschen mit und ohne Behinderungen verglichen.

Sofern entsprechende Daten verfügbar waren, wurde auch die Situation von Europäern mit und ohne Behinderungen in der Zeit vor der COVID-19-Pandemie mit einbezogen; dabei stammten die Daten aus einer Erhebung für die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) oder aus der Europäischen Erhebung zur Lebensqualität (EQLS) von Eurofound aus dem Jahr 2016.¹

¹ Detaillierte Ergebnisse der Analysen sind auf Anfrage erhältlich.

Unter Verwendung des globalen Indikators für die Aktivitätseinschränkung (GALI) wurden die Befragten ermittelt, die eine Behinderung haben; laut Definition sind das diejenigen, die in der Erhebung angaben, unter chronischen körperlichen oder psychischen Gesundheitsproblemen, Krankheiten oder Behinderungen zu leiden und von schweren oder mäßigen Beeinträchtigungen in ihren täglichen Aktivitäten betroffen zu sein. Diese subjektive Bewertung ist ein häufiger Ansatz zur Messung der Behinderung in Erhebungen großen Maßstabs (Van der Zwan und de Beer, 2021). Dieser Messung zufolge hatten 29 % der Teilnehmer der Online-Erhebung eine Behinderung.

Zugang zu medizinischer Versorgung

Zunächst einmal schauen wir uns an, welchen Bezug Menschen mit Behinderungen während der Pandemie zum Gesundheitsversorgungssystem hatten; dazu werden die Ergebnisse zweier Indikatoren untersucht: medizinische Versorgungslücken und Vertrauen in das Gesundheitsversorgungssystem.

Medizinische Versorgungslücken

Aus den Daten der EU-SILC geht hervor, dass 2019 viermal mehr Menschen mit Behinderungen von medizinischen

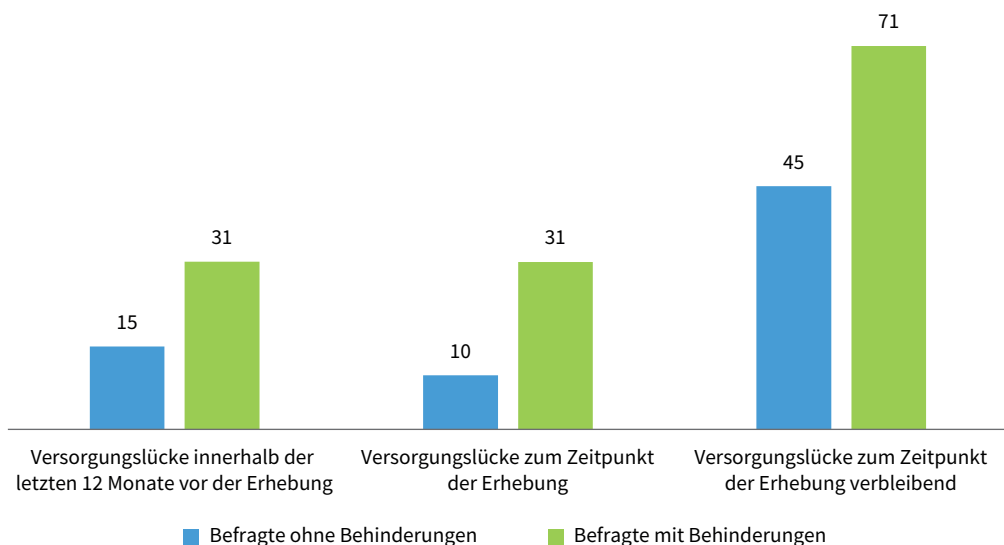
Versorgungslücken berichteten als Menschen ohne Behinderungen (4,9 % bzw. 1,1 %; Eurostat, 2021a).

Im Rahmen der Online-Erhebung wurden die medizinischen Versorgungslücken von Europäern für den Zeitraum seit Beginn der Pandemie im März 2020 bis März 2021 ermittelt, wobei die Teilnehmer gefragt wurden, ob sie in den 12 Monaten vor der Erhebung eine ärztliche Untersuchung oder Behandlung benötigt hatten, die sie nicht in Anspruch nehmen konnten. Ferner wurden die Teilnehmer gefragt, ob bei ihnen zum Zeitpunkt der Erhebung medizinische Versorgungslücken bestanden.

Medizinische Versorgungslücken waren bei den Befragten mit Behinderungen deutlich häufiger zu verzeichnen

Die Befragten mit Behinderungen gaben doppelt so viele Fälle von medizinischen Versorgungslücken in den 12 Monaten vor dem März 2021 an wie die Befragten ohne Behinderungen (Abbildung 1). Dieses Verhältnis stieg für die Einschätzung der aktuellen Situation auf das Dreifache an. Konkret heißt das, dass von den Befragten mit Behinderungen, die von medizinischen Versorgungslücken innerhalb der letzten 12 Monate vor der Erhebung berichteten, zum Zeitpunkt der Erhebung weiterhin 71 % in dieser Situation waren.

Abbildung 1: Medizinische Versorgungslücken bei Befragten mit und ohne Behinderungen (in %), EU-27



Quelle: *Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin*

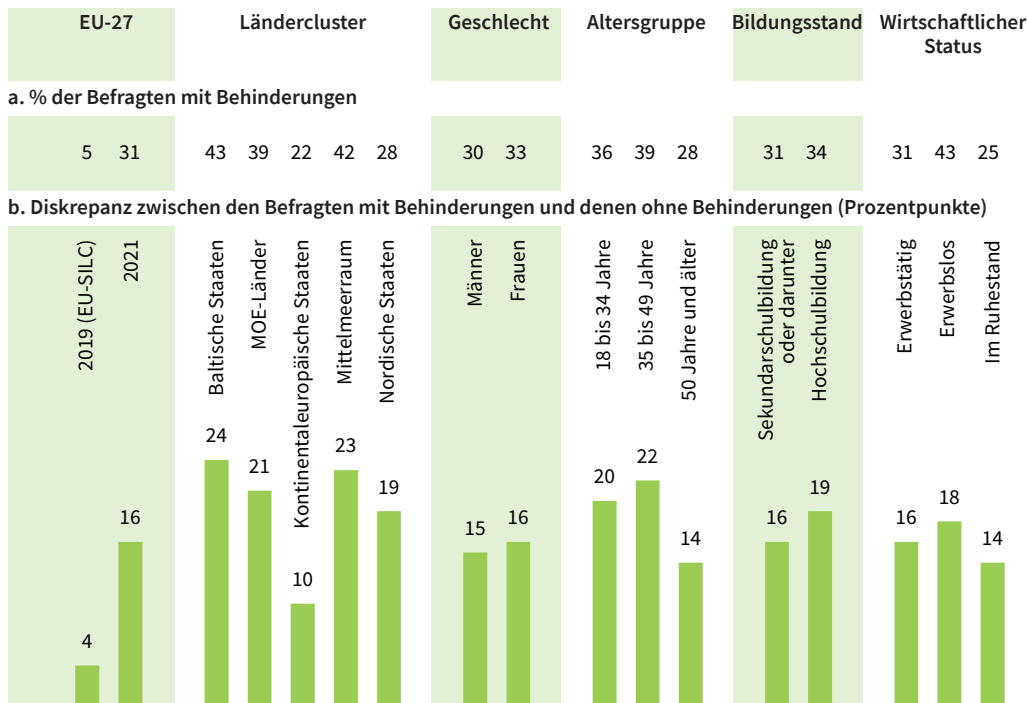
In den 12 Monaten vor der Online-Erhebung waren die medizinischen Versorgungslücken bei den Befragten mit Behinderungen in den Länderclustern der baltischen Staaten (43%), des Mittelmeerraums (42%) und der MOE-Länder (39%) besonders weit verbreitet (siehe Abbildung 2a). Im Hinblick auf den soziodemografischen Aspekt lässt sich feststellen, dass Versorgungslücken unter den Befragten ohne Beschäftigung (43%) am stärksten ausgeprägt waren, wobei dieses Defizit häufiger von jüngeren als von älteren Befragten angegeben wurde (36% der 18- bis 34-Jährigen und 39% der 35- bis 49-Jährigen gegenüber 28% der Befragten ab 50 Jahren).

Der Blick auf die unterschiedlichen medizinischen Versorgungslücken bei Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen (Abbildung 2b) verrät, dass die größten Diskrepanzen in den

Länderclustern der baltischen Staaten und des Mittelmeerraums sowie in der Altersgruppe der 35- bis 49-Jährigen zu finden sind. Die Diskrepanz zwischen den Befragten mit Behinderungen und denjenigen ohne Behinderungen ist im Ländercluster der kontinentaleuropäischen Staaten am kleinsten.

Auf die Frage, warum sie die benötigten Gesundheitsleistungen nicht in Anspruch nehmen konnten, nannten mehr Umfrageteilnehmer mit Behinderungen (36%) als Befragte ohne Behinderungen (25%) die Versorgungskosten als Grund (siehe Tabelle 1). Dies war jedoch nicht der am häufigsten angegebene Grund für die medizinische Versorgungslücke: An erster Stelle stand sowohl bei den Befragten mit Behinderungen als auch bei denen ohne Behinderungen die pandemiebedingte fehlende Verfügbarkeit von Terminen, gefolgt von Wartelisten.

Abbildung 2: Medizinische Versorgungslücken, EU-27



Hinweis: Die Ergebnisse aus der EU-SILC von 2019 dienen lediglich der Orientierung und können nicht mit den Ergebnissen der Online-Erhebung verglichen werden.

Quelle: EU-SILC [hlth_silc_08] und Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Tabelle 1: Gründe für medizinische Versorgungslücken, Vergleich zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen, EU-27

	Befragtemit Behinderungen (%)	Befragte ohne Behinderungen (%)	Unterschied in Prozentpunkten
Kein Termin verfügbar	74	71	4
Warteliste	53	46	8
Kosten	36	25	12
COVID-19-	30	27	3
Sonstiger Grund	29	21	7
Zu weit	21	14	7
Keine Zeit	14	11	3

Hinweis: Die Prozentpunkte wurden gerundet, sodass kleine Abweichungen bei „Unterschiede in Prozentpunkten“ entstanden sein können

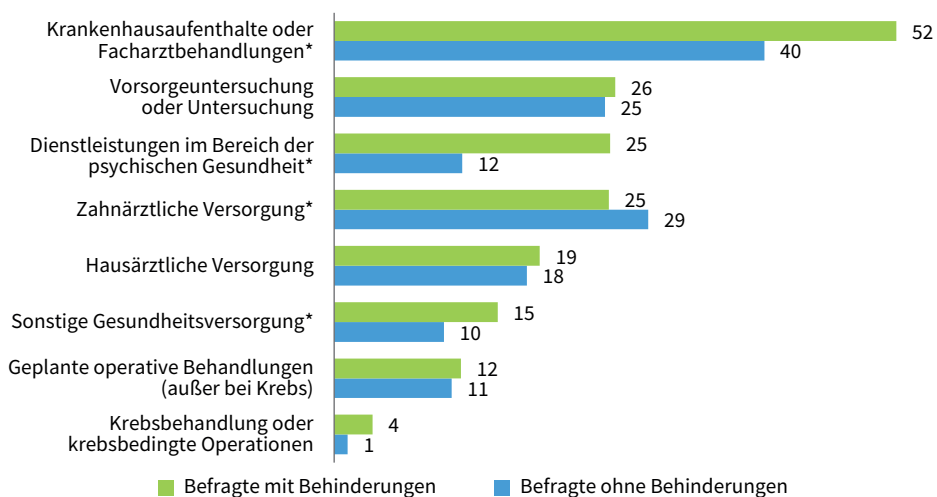
Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Im Frühjahr 2021 war es jedem vierten Befragten mit Behinderungen nicht möglich, benötigte Dienstleistungen im Bereich der psychischen Gesundheit in Anspruch zu nehmen

Wie bereits festgestellt, kam es bei den Befragten mit Behinderungen im Zeitraum der Erhebung vom Februar und März 2021 dreimal häufiger vor als bei den Befragten ohne Behinderungen, dass sie ihr medizinisches Leiden nicht behandeln lassen konnten. In Abbildung 3 sind die häufigsten Arten der zum Zeitpunkt der Erhebung ermittelten medizinischen Versorgungslücken dargestellt,

zum einen für die Befragten mit Behinderungen und zum anderen für die Befragten ohne Behinderungen. Für beinahe alle Arten gilt, dass es für mehr Menschen mit Behinderungen eine medizinische Versorgungslücke gab als für Menschen ohne Behinderungen, insbesondere im Hinblick auf Krankenhausaufenthalte und Facharztbehandlungen sowie auf Dienstleistungen im Bereich der psychischen Gesundheit. Im letztgenannten Fall gab es bei 25 % der Befragten mit Behinderungen im Frühjahr 2021 Gesundheitsversorgungsbedarf, der nicht gedeckt werden konnte, während dieser Anteil bei den Befragten ohne Behinderungen 12 % betrug.

Abbildung 3: Medizinische Versorgungslücken (in %) nach Art der Gesundheitsdienstleistung, Vergleich zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen, EU-27



* Hier liegt ein statistisch signifikanter Unterschied ($p < 0,05$) zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen vor.

Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Tabelle 2: Vertrauen in das Gesundheitsversorgungssystem während der Pandemie (Mittelwerte), Vergleich zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen, EU-27

	Mit medizinischen Versorgungslücken	Ohne medizinische Versorgungslücken
Befragte mit Behinderungen	4,7	5,8
Befragte ohne Behinderungen	5,2	6,3

Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Vertrauen in das Gesundheitsversorgungssystem

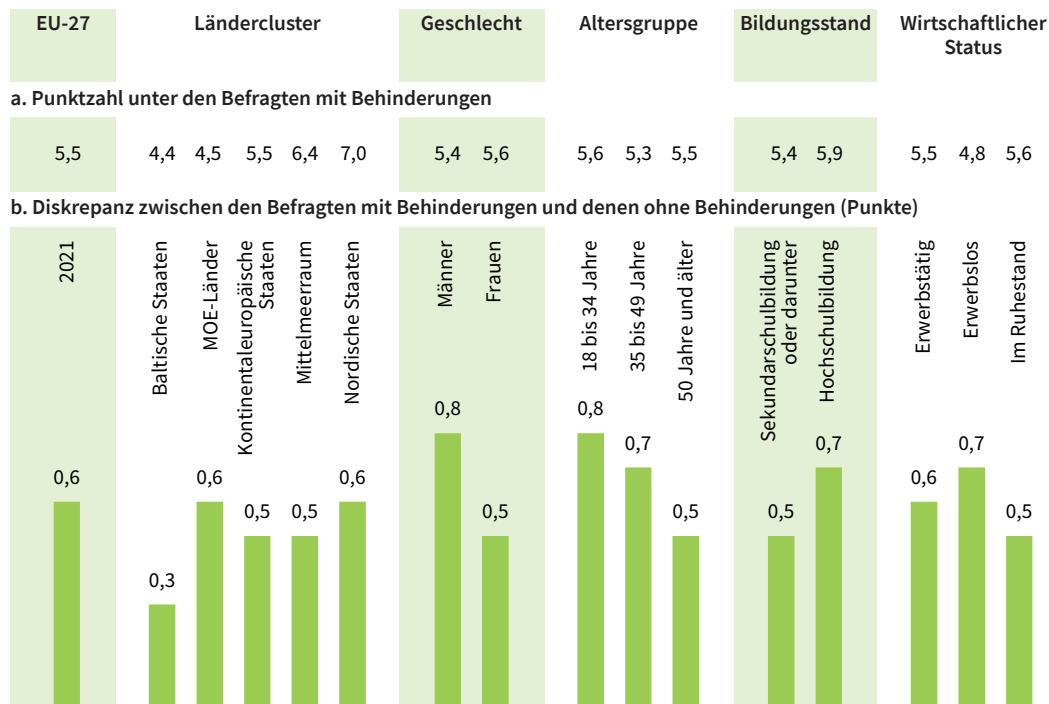
Das Vertrauen sinkt aufgrund medizinischer Versorgungslücken

Wenn benötigte Gesundheitsdienstleistungen nicht in Anspruch genommen werden können, sinkt das Vertrauen der Menschen in das Gesundheitsversorgungssystem. Die Teilnehmer der Online-Erhebung wurden gebeten, ihr Vertrauen in das Gesundheitsversorgungssystem ihres Landes sowie in sieben weitere Institutionen auf einer Skala von 1 bis 10 zu bewerten. Der Mittelwert der Befragten, bei denen während der Pandemie medizinische Versorgungslücken bestanden, war erheblich niedriger als der Mittelwert derjenigen ohne diese Lücken (Tabelle 2). Dies gilt sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für diejenigen ohne Behinderungen.

Insgesamt war das Vertrauen der Befragten mit Behinderungen in das Gesundheitsversorgungssystem geringer als das der zweiten Kohorte; die Mittelwerte der beiden Gruppen (Skala von 1 bis 10) betragen 5,5 bzw. 6,1. Diese Vertrauenslücke in Bezug auf das Gesundheitsversorgungssystem (Unterschied von 0,6 Punkten) war größer als bei den anderen sieben in der Online-Erhebung berücksichtigten Institutionen.

Das Ländercluster, in dem das Vertrauen bei den Befragten mit Behinderungen am geringsten war, waren die baltischen Staaten (Abbildung 4a), während die größte Diskrepanz zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen in der jüngsten Altersgruppe und bei den Männern festgestellt werden konnte (Abbildung 4b).

Abbildung 4: Vertrauen in das Gesundheitsversorgungssystem, EU-27



Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Psychisches Wohlbefinden

In diesem Abschnitt befassen wir uns mit dem psychischen Wohlbefinden von Menschen mit Behinderungen während der Pandemie und gehen auf drei Indikatoren genauer ein: Depressionsrisiko, Einsamkeit (laut eigener Angabe) und Gefühl der Ausgeschlossenheit von der Gesellschaft. Alle drei Indikatoren wurden bei der EQLS 2016 berücksichtigt, auf deren Ergebnisse in diesem Bericht Bezug genommen wurde, um Anhaltspunkte für die Situation vor der Pandemie zu haben.

Depressionsrisiko

Der Depressionsrisiko-Indikator basiert auf dem „WHO Mental Well-being Index“ (WHO-5). Menschen mit einer WHO-5-Punktzahl von 50 oder weniger (auf einer Skala von 0 bis 100) gelten als depressionsgefährdet. Der Index ist äußerst hilfreich, um Bevölkerungsgruppen zu vergleichen, wie z. B. Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen. Im Jahr 2016 waren laut EQLS 44 % der Menschen mit Behinderungen depressionsgefährdet (d. h. 44 % hatten einen WHO-5-Mittelwert von 50 Punkten oder

weniger), während für nur 16 % der Menschen ohne Behinderungen ein solches Risiko galt.

Mehr als vier Fünftel der Beschäftigungslosen mit Behinderungen und der jungen Menschen mit Behinderungen waren während der Pandemie depressionsgefährdet

Durchschnittlich waren 71 % der Befragten mit Behinderungen zum Zeitpunkt der Online-Erhebung *Leben, Arbeiten und COVID-19* depressionsgefährdet, wodurch die zuvor genannten hohen Werte für medizinische Versorgungslücken im Bereich der psychischen Gesundheit in dieser Gruppe umso besorgniserregender sind.

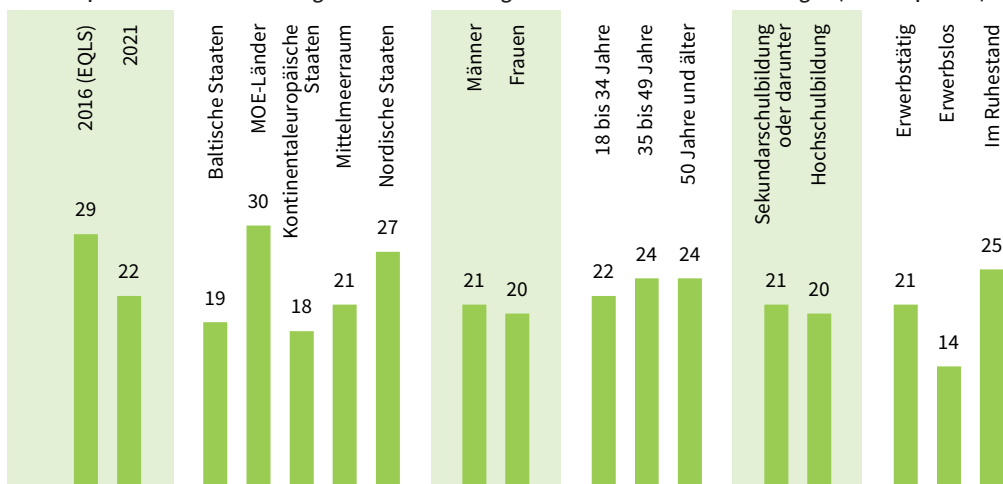
In den Länderclustern bewegen sich die Werte zwischen 63 % in den nordischen Staaten und 76 % in den MOE-Ländern (Abbildung 5a). Frauen hatten ein etwas höheres Depressionsrisiko (73 %) als Männer (68 %), während das Risiko in der jüngsten Altersgruppe besonders hoch war (81 %). Unter allen soziodemografischen Gruppen der Menschen mit Behinderungen war das Depressionsrisiko bei den Beschäftigungslosen jedoch am stärksten ausgeprägt: 84 % von ihnen erreichten weniger als 50 Punkte auf der WHO-5-Skala.

Abbildung 5: Depressionsrisiko, EU-27

EU-27		Ländercluster					Geschlecht		Altersgruppe			Bildungsstand		Wirtschaftlicher Status		
44	71	70	76	69	71	63	68	73	81	77	67	72	66	70	84	63

a. % der Befragten mit Behinderungen

b. Diskrepanz zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen (Prozentpunkte)



Hinweis: Die Ergebnisse aus der EQLS von 2016 dienen lediglich der Orientierung und können nicht mit den Ergebnissen der Online-Erhebung verglichen werden.

Quelle: EQLS 2016 und *Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin*

In den Länderclustern MOE-Länder und nordische Staaten wurden große Diskrepanzen zwischen Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen festgestellt

Im Vergleich zu den Umfrageteilnehmern ohne Behinderungen war ein viel größerer Anteil von Befragten mit Behinderungen depressionsgefährdet: Zwischen den Werten dieser beiden Gruppen bestand eine Diskrepanz von 22 Prozentpunkten. Wie aus Abbildung 5b hervorgeht, waren die Menschen mit Behinderungen in allen in der Analyse berücksichtigten Untergruppen in einer schlechteren Situation. In den Länderclustern MOE-Länder und nordische Staaten wurden die größten Diskrepanzen zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen festgestellt. Die zweitgrößte Diskrepanz lag bei den Befragten im Ruhestand vor: 63 % derjenigen mit Behinderungen waren depressionsgefährdet, bei denjenigen ohne Behinderungen waren es 37 %.

Einsamkeit

Mit einem zweiten Indikator für die psychische Gesundheit wird der Anteil der Personen ermittelt, die laut eigenen Angaben einsam sind. Schon vor der Pandemie hatten sich

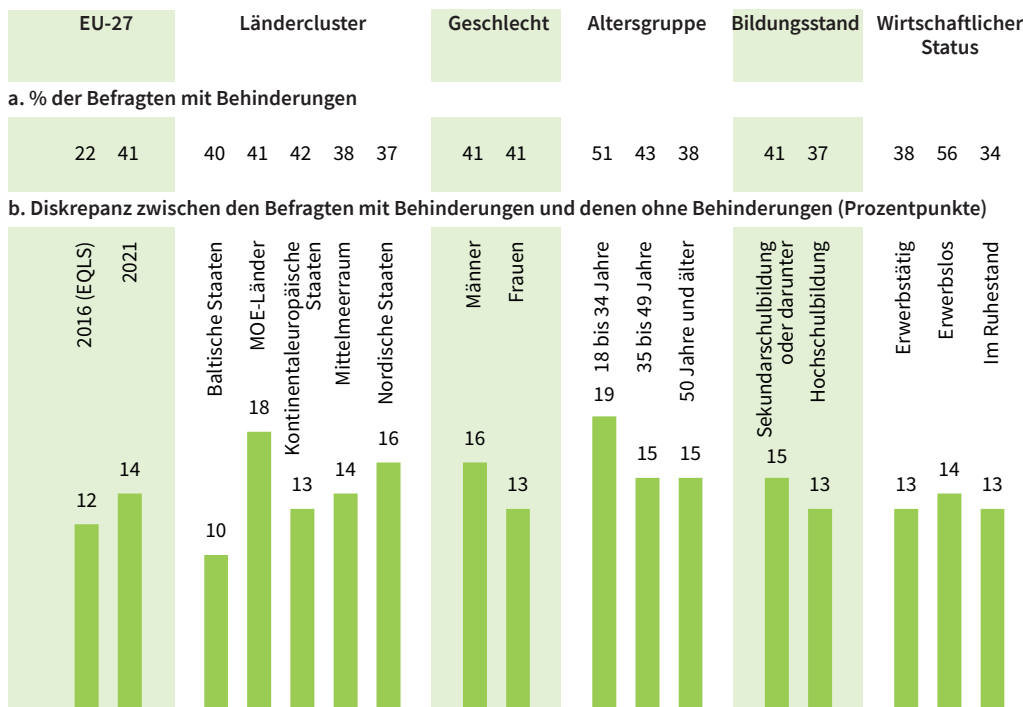
Menschen mit Behinderungen häufiger einsam gefühlt. In der EQLS von 2016 gaben 22 % der Europäer mit Behinderungen an, sich einsam zu fühlen, während dieser Anteil bei denjenigen ohne Behinderungen 10 % betrug.

Mehr als die Hälfte der beschäftigungslosen und jüngeren Menschen mit Behinderungen waren einsam

Mehr als zwei von fünf Befragten (41 %) mit Behinderungen gaben an, sich während der Pandemie einsam gefühlt zu haben (Abbildung 6a).

Mit dem Eurofound-Bericht *Die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen in der EU* wurde dokumentiert, welche Folgen die Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen insbesondere für junge Menschen hatten. Die Online-Erhebung hat aufgezeigt, dass in der jüngsten Altersgruppe der Befragten mit Behinderungen mehr Einsamkeit herrschte (51 %) als in den älteren Gruppen. Darüber hinaus fühlten sich diese Umfrageteilnehmer um 19 Prozentpunkte häufiger einsam als diejenigen in derselben Altersgruppe ohne Behinderungen (Abbildung 6b). Am weitesten verbreitet war das Gefühl der Einsamkeit bei den Beschäftigungslosen mit Behinderungen (56 %).

Abbildung 6: Einsamkeit (Selbstausskunft), EU-27



Hinweis: Die Ergebnisse aus der EQLS von 2016 dienen lediglich der Orientierung und können nicht mit den Ergebnissen der Online-Erhebung verglichen werden.

Quelle: EQLS 2016 und Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Soziale Ausgrenzung

Für den dritten Indikator, mit dem die soziale Ausgrenzung ermittelt wird, wurden die Umfrageteilnehmer gefragt, ob sie sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen. Im Jahr 2016 gaben 14 % der Europäer mit Behinderungen an, sich ausgeschlossen zu fühlen, während dieser Anteil bei denjenigen ohne Behinderungen 6 % betrug.

Mehr als ein Drittel der Befragten mit Behinderungen fühlten sich von der Gesellschaft ausgeschlossen

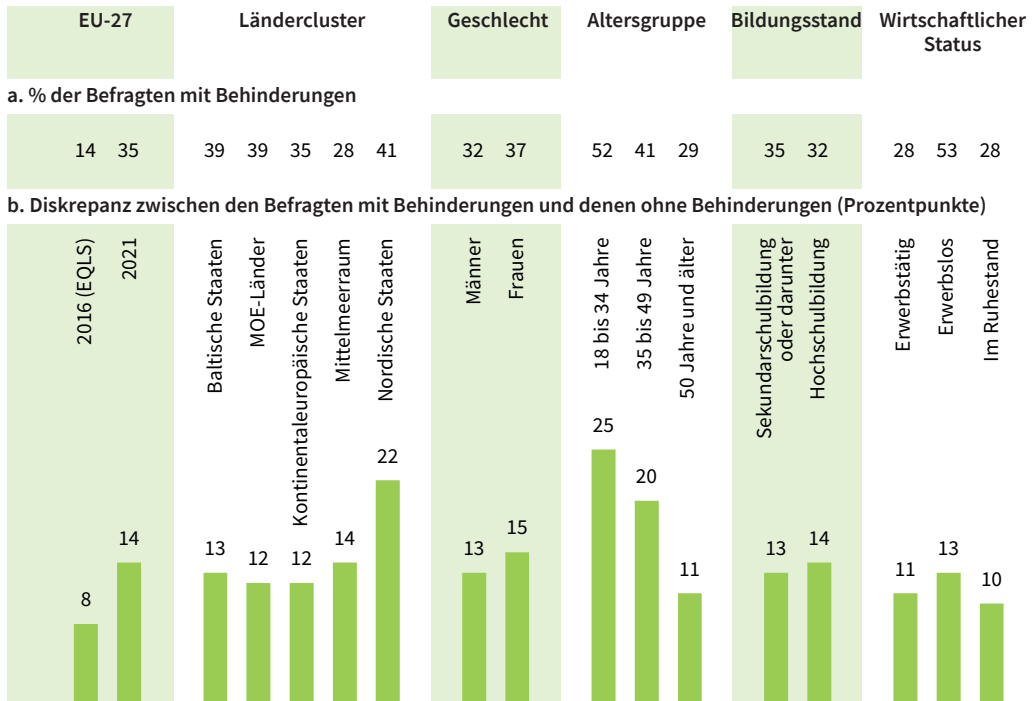
Auch in diesem Bereich ging es den Menschen mit Behinderungen während der COVID-19-Pandemie schlechter: Im Frühjahr 2021 gaben 35 % von ihnen an, sich von der Gesellschaft ausgeschlossen zu fühlen, 21 % hingegen waren es bei den Befragten ohne Behinderungen. Und wieder waren es die

beschäftigungslosen Befragten mit Behinderungen, bei denen dieses Gefühl am stärksten ausgeprägt war (53 %, Abbildung 7a).

Ungeachtet der Diskrepanz zwischen Menschen mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen hatte die Erwerbstätigkeit einen positiven Einfluss auf die Umfrageteilnehmer, denn bei diesen Gruppen war der Anteil derer, die sich von der Gesellschaft ausgeschlossen fühlten, geringer (28 % bzw. 17 %).

Der Online-Erhebung zufolge trat das Gefühl, von der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden, bei jüngeren Menschen mit Behinderungen beinahe doppelt so häufig auf (52 %) wie bei denen ohne Behinderungen (27 %). Eine sehr große Diskrepanz zwischen den Menschen mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen trat in den nordischen Staaten auf (41 % gegenüber 19 %).

Abbildung 7: Gefühl der Ausgeschlossenheit von der Gesellschaft, EU-27



Hinweis: Die Ergebnisse aus der EQLS von 2016 dienen lediglich der Orientierung und können nicht mit den Ergebnissen der Online-Erhebung verglichen werden.

Quelle: EQLS 2016 und *Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung*; Berechnungen der Verfasserin

Finanzielle Situation

Um einen Einblick in die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderungen während der Pandemie zu gewinnen, betrachten wir drei Indikatoren: Schwierigkeiten beim Bestreiten des Lebensunterhalts, finanzielle Instabilität und Zahlungsrückstände des Haushalts. Der erste und der dritte Indikator wurden auch bei der EU-SILC-Erhebung von 2019 verwendet, sodass für die Situation von Europäern mit Behinderungen betreffend diese Indikatoren auf Daten vor der COVID-19-Pandemie zurückgegriffen werden kann.

Schwierigkeiten beim Bestreiten des Lebensunterhalts

Mit dem ersten Indikator – Schwierigkeiten beim Bestreiten des Lebensunterhalts – wird ermittelt, wie viele Menschen in Haushalten leben, deren finanzielle Ressourcen nicht ausreichen, um die notwendigen Lebenshaltungskosten zu decken. Aus den vor der Pandemie im Rahmen der EU-SILC 2019 erhobenen Daten wird deutlich, dass 57 % der Erwachsenen (mindestens 16 Jahre alt) mit Behinderungen in einem Haushalt lebten, in dem es zumindest etwas schwierig war, über die Runden zu kommen, während dies bei der erwachsenen Bevölkerung ohne Behinderungen in 43 % der Fälle zutraf (Eurostat, 2021b).

Fast 6 von 10 Befragten mit Behinderungen lebten in einem Haushalt mit Schwierigkeiten beim Bestreiten des Lebensunterhalts

Im Frühjahr 2021 lebten 57 % der Umfrageteilnehmer mit Behinderungen in einem Haushalt, der Schwierigkeiten damit

hatte, über die Runden zu kommen; bei den Befragten ohne Behinderungen lag dieser Anteil bei 39 %. In den Länderclustern bewegen sich die Anteile zwischen 39 % in den nordischen Staaten und 77 % in den baltischen Staaten.

34 % der Befragten mit Behinderungen waren erwerbstätig – entweder angestellt oder selbstständig². Bei den Erwerbstätigen hatten die befristeten Beschäftigten mehr Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen, als diejenigen mit einer Festanstellung (54 % gegenüber 44 %; Tabelle 3). Die Art des Arbeitsvertrags hatte bei der Gruppe ohne Behinderungen für diesen Indikator keine maßgeblichen Auswirkungen.

Menschen mit Behinderungen befinden sich häufig in einer prekäreren Beschäftigungssituation, womit sich gegebenenfalls teilweise begründen lässt, dass der Erhebung zufolge von den erwerbstätigen Befragten mehr Beschäftigte mit Behinderungen (47 %) als Beschäftigte ohne Behinderungen (34 %) in einem Haushalt lebten, der Schwierigkeiten hatte, über die Runden zu kommen; daraus ergibt sich eine Diskrepanz von 13 Prozentpunkten (Abbildung 8b). In der erwerbslosen Gruppe bestanden sehr häufig Schwierigkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten, und zwar sowohl bei den Befragten mit Behinderungen (86 %) als auch bei denen ohne Behinderungen (79 %).

Wie in Abbildung 8b zu erkennen ist, bestehen bei diesem Indikator in den meisten Untergruppen große Diskrepanzen zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen, wobei die größte Diskrepanz im Ländercluster der nordischen Staaten zu verzeichnen ist.

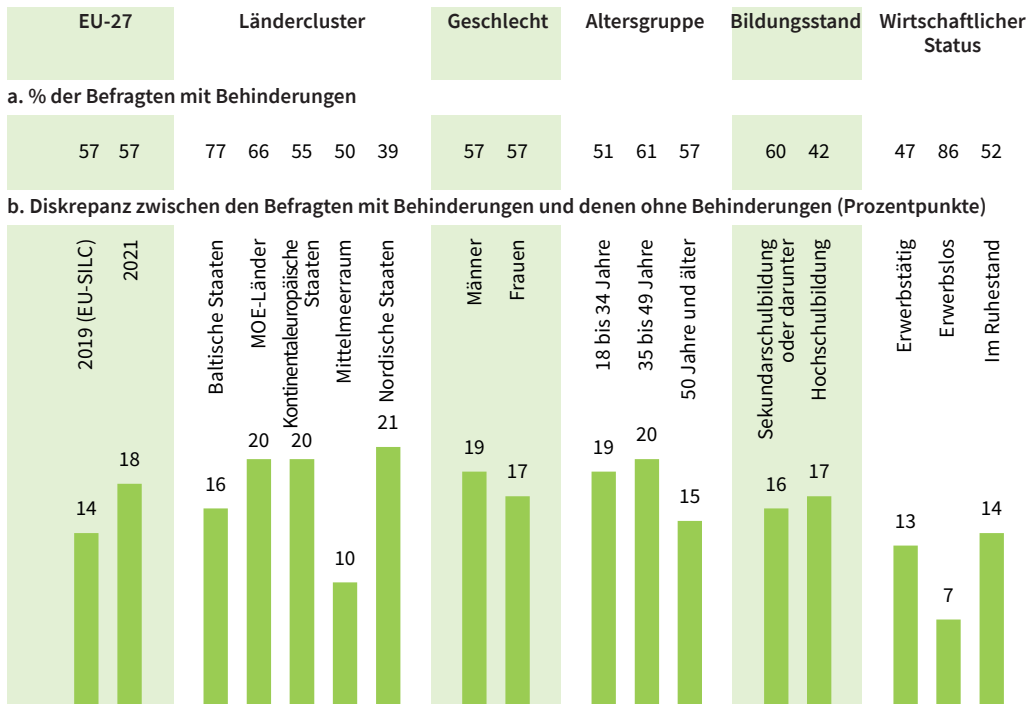
Tabelle 3: Schwierigkeiten beim Bestreiten des Lebensunterhalts (in %), nach Art des Beschäftigungsvertrags, Vergleich zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen, EU-27

	Befragte mit Behinderungen		Befragte ohne Behinderungen	
	Unbefristete Arbeitsverträge	Befristete Arbeitsverträge	Unbefristete Arbeitsverträge	Befristete Arbeitsverträge
Schwierigkeiten	44	54	32	32
Keine Schwierigkeiten	56	47	68	68

Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

² 34 % der Umfrageteilnehmer mit Behinderungen im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) hatten eine Arbeit, während dieser Anteil bei den Befragten ohne Behinderungen 61 % betrug; das Beschäftigungsgefälle lag bei 24,4 Prozentpunkten. Den neuesten verfügbaren offiziellen Daten aus der EU-SILC 2019 zufolge hat sich an dem Beschäftigungsgefälle bei den Europäern zwischen 16 und 64 Jahren nichts geändert.

Abbildung 8: Schwierigkeiten beim Bestreiten des Lebensunterhalts, EU-27



Hinweis: Die Ergebnisse aus der EU-SILC von 2019 dienen lediglich der Orientierung und können nicht mit den Ergebnissen der Online-Erhebung verglichen werden.

Quelle: EU-SILC [hlth_dm060] und *Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung*; Berechnungen der Verfasserin

Finanzielle Instabilität

Um den Grad der finanziellen Instabilität unter den Europäern zu ermitteln, wurden die Teilnehmer der Erhebung gefragt, wie lange sie ihren aktuellen Lebensstandard ohne weiteres Einkommen beibehalten könnten.³

Zwei Drittel der Befragten mit Behinderungen waren von finanzieller Instabilität betroffen

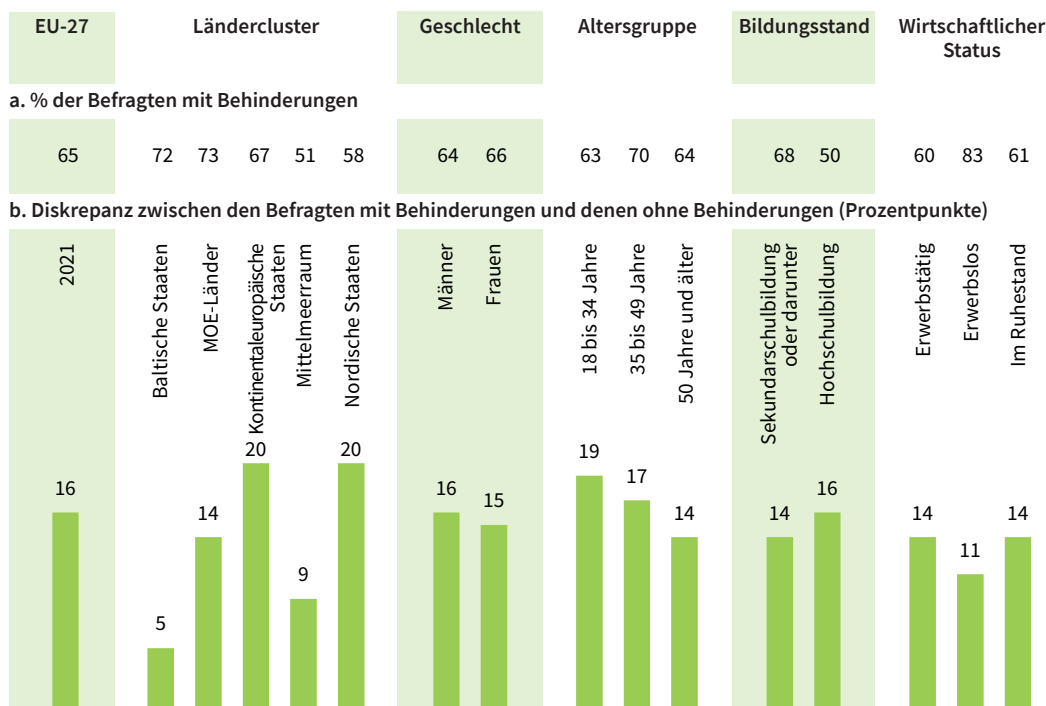
Zwei von drei Befragten mit Behinderungen (65 %) gaben an, dass sie, sollte in ihrem Haushalt kein Einkommen mehr erzielt werden, ihren Lebensstandard weniger als drei Monate beibehalten könnten; bei den Befragten ohne Behinderungen traf dies auf etwa die Hälfte zu (49 %). Diese finanzielle Instabilität reichte von 51 % im Mittelmeerraum bis über 70 % in den baltischen Staaten (72 %) und in den MOE-Ländern (73 %; Abbildung 9a). Große Unterschiede wurden bei den Befragten auch in Abhängigkeit des Bildungsstands ermittelt: 50 % der Befragten mit Hochschulabschluss und 68 % derjenigen mit höchstens

Sekundarschulabschluss befanden sich in einer finanziell unsicheren Situation. Diese finanzielle Instabilität wurde am stärksten bei den beschäftigungslosen Befragten festgestellt, sowohl bei denen mit Behinderungen (83 %) als auch bei denen ohne Behinderungen (72 %).

Bei den Diskrepanzen zwischen den Werten für Menschen mit Behinderungen und die ohne Behinderungen gab es signifikante Unterschiede in den einzelnen Untergruppen, die in den Analysen berücksichtigt worden sind, insbesondere bei den Länderclustern (Abbildung 9b). Die geringste Diskrepanz wurde für die baltischen Staaten und den Mittelmeerraum festgestellt, die größte Diskrepanz für die nordischen und die kontinentaleuropäischen Staaten, wo die Befragten mit Behinderungen viel häufiger angaben, in einem finanziell unsicheren Haushalt zu leben. Ferner geht aus der Erhebung hervor, dass das Risiko bei jüngeren Menschen mit Behinderungen viel größer war als bei der Gruppe ohne Behinderungen.

³ Die Frage wurde auch im Rahmen der EU-SILC 2020 gestellt, deren Ergebnisse zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts jedoch nicht verfügbar waren.

Abbildung 9: Fähigkeit der Beibehaltung des Lebensstandards ohne Einkommen über höchstens drei Monate, EU-27



Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Zahlungsrückstände des Haushalts

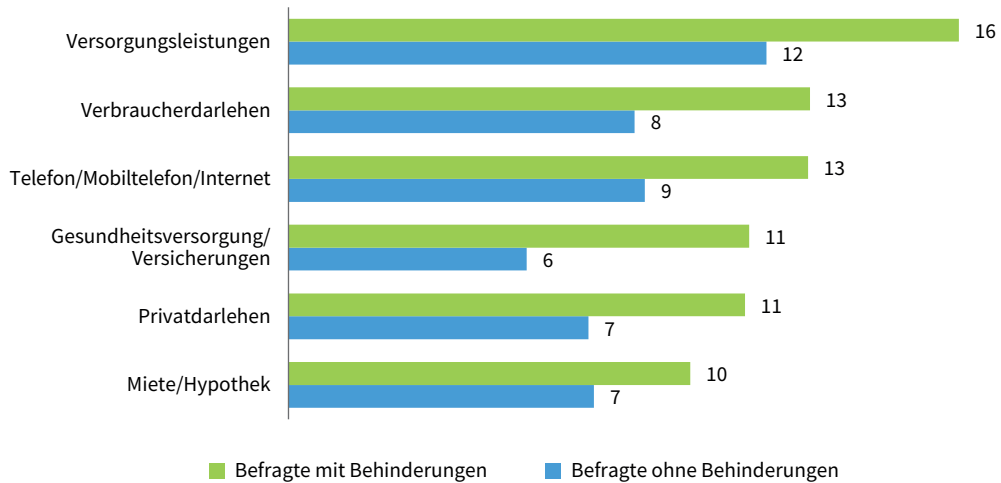
Mit dem dritten Indikator für die finanzielle Situation der Menschen – mit Zahlungsverpflichtungen für Hypothekendarlehen oder Mieten, für Versorgungsleistungen oder Ratenkäufe im Rückstand zu sein – wird ermittelt, ob der Haushalt des jeweiligen Befragten innerhalb der letzten drei Monate vor der Erhebung im Zahlungsrückstand war. Im Jahr 2019 waren Menschen mit Behinderungen etwas häufiger im Zahlungsrückstand als Menschen ohne Behinderungen: 9,1 % der Erwachsenen mit Behinderungen in der EU lebten in einem Haushalt, der innerhalb der letzten 12 Monate

vor der Erhebung mit seinen Zahlungsverpflichtungen im Rückstand war, während dieser Wert bei der erwachsenen Bevölkerung ohne Behinderungen bei 7,2 % lag (Eurostat, 2021c).

Mehr Befragte mit Behinderungen berichteten von Zahlungsrückständen

Im Vergleich zu den Befragten ohne Behinderungen hatten diejenigen mit Behinderungen häufiger mit Zahlungsschwierigkeiten zu kämpfen, und zwar bei allen sechs Arten von Zahlungsrückständen, die im Rahmen der Erhebung ermittelt wurden (Abbildung 10).

Abbildung 10: Anteil der Befragten mit Zahlungsrückständen (in %) nach Art der Zahlungsrückstände, Vergleich zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen, EU-27



Quelle: *Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin*

Zweifellos ist es wichtig, einer Arbeit nachzugehen, um den Zahlungsverpflichtungen im eigenen Haushalt nachkommen zu können, doch selbst unter den erwerbstätigen Befragten und denen im Ruhestand gaben mehr Umfrageteilnehmer mit Behinderungen Zahlungsrückstände an als die anderen Befragten. Aus einem früheren Bericht – dem

Informationsblatt „Leben, Arbeiten und COVID-19“ (Aktualisierung April 2021) – geht hervor, dass der Anteil der Befragten mit Zahlungsschwierigkeiten bei den Unbeschäftigten am höchsten war. Wie in Tabelle 4 ersichtlich, wirkt sich der Umstand, eine Behinderung zu haben, noch ungünstiger auf die eigene Situation aus.

Tabelle 4: Zahlungsrückstände bei den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen (in %), nach Art der Zahlungsrückstände und Beschäftigungsstatus, EU-27

	Nicht erwerbslos		Erwerbslos	
	Befragte ohne Behinderungen	Befragte mit Behinderungen	Befragte ohne Behinderungen	Befragte mit Behinderungen
Versorgungsleistungen	9	13	37	42
Telefon/Mobiltelefon/Internet	7	10	29	33
Privatarlehen	6	8	21	32
Verbraucherdarlehen	7	11	23	29
Gesundheitsversorgung/Versicherungen	5	9	16	26
Miete/Hypothek	6	8	22	24

Quelle: *Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin*

Tabelle 5: Anteil der Befragten mit Behinderungen, die mit Zahlungen im Rückstand waren (in %), nach Art der Zahlungsrückstände, EU-27

	Miete/ Hypothek	Versorgungs- leistungen	Verbraucher- darlehen	Telefon/ Mobiltelefon/ Internet	Privat- darlehen	Gesundheits- versorgung/ Versicherungen
EU-27	9,7	16,1	12,6	12,5	11,0	11,1
Ländercluster						
Baltische Staaten	12,7	27,5	20,4	23,2	18,8	18,8
MOE-Länder	13,3	17,7	14,6	16,6	15,0	12,4
Kontinental- europäische Staaten	7,0	12,0	10,0	9,0	8,0	10,0
Mittelmeerraum	12,1	20,1	14,5	12,6	11,1	9,5
Nordische Staaten	8,0	11,0	10,0	8,0	11,0	11,0
Geschlecht						
Männer	10,8	16,8	14,0	13,3	12,1	11,4
Frauen	8,7	15,6	11,4	11,8	10,0	10,7
Wirtschaftlicher Status						
Erwerbstätig	7,6	11,7	11,8	9,4	9,3	9,4
Erwerbslos	24,0	42,0	29,0	33,0	32,0	26,0
Im Ruhestand	5,8	10,1	7,3	7,5	5,5	7,0

Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Bei einer Betrachtung der Ergebnisse nach Ländercluster lässt sich feststellen, dass in den nordischen Staaten weniger als 5 % der Befragten ohne Behinderungen Zahlungsrückstände hatten, während sich dieser Wert für die Gruppe der Befragten mit Behinderungen in den Kategorien Versorgungsleistungen, Privatarlehen und Gesundheitsversorgung/Versicherungen auf 11 % belief (siehe Tabelle 5). Die Wahrscheinlichkeit, Zahlungsrückstände bei

der Miete oder Hypothek zu haben, war bei den Befragten mit Behinderungen beinahe dreimal so hoch (8 %) wie bei den Befragten ohne Behinderungen (3 %).

Zudem fallen die Diskrepanzen, die zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen bestehen, bei vier der sechs Arten der Zahlungsrückstände in den nordischen Staaten größer aus als in den anderen Länderclustern (Tabelle 6).

Tabelle 6: Diskrepanz zwischen den Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen (in Prozentpunkten), nach Art der Zahlungsrückstände, EU-27

	Miete/ Hypothek	Versorgungs- leistungen	Verbraucher- darlehen	Telefon/ Mobiltelefon/ Internet	Privat- darlehen	Gesundheits- versorgung/ Versicherungen
EU-27	2,3	4,6	4,2	3,9	3,8	5,4
Ländercluster						
Baltische Staaten	1,1	2,6	2,3	2,7	4,2	6,3
MOE-Länder	5,0	7,0	6,8	7,5	6,9	7,0
Kontinental- europäische Staaten	1,4	4,7	4,1	3,7	3,3	4,2
Mittelmeerraum	2,7	5,4	4,3	2,9	1,9	5,3
Nordische Staaten	5,5	7,1	6,1	5,0	8,3	7,9
Geschlecht						
Männer	3,7	5,7	5,1	5,0	5,4	5,9
Frauen	4,6	3,7	3,5	3,1	2,2	4,6
Wirtschaftlicher Status						
Erwerbstätig	1,6	2,5	4,0	2,3	2,8	4,2
Erwerbslos	2,0	5,0	6,0	4,0	11,0	10,0
Im Ruhestand	1,0	2,9	3,3	3,5	1,7	4,0

Quelle: Leben, Arbeiten und COVID-19, *Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin*

Zukunftsoptimismus

Abschließend widmen wir uns der Frage, wie optimistisch die Teilnehmer der Erhebung zu ihrer eigenen Zukunft eingestellt waren, damit wir mehr darüber erfahren, wie sich die Pandemie auf das Wohlergehen der Menschen mit Behinderungen ausgewirkt hat. Dieses Maß für Glück und Wohlergehen (bzw. gutes, positives „Funktionieren“) ist einer der ausschlaggebendsten Bestimmungsfaktoren für hohe Lebenszufriedenheit und Glücksempfinden (Eurofound, 2017). Der EQLS 2016 zufolge gaben 46 % der Europäer mit Behinderungen an, ihrer Zukunft optimistisch entgegenzusehen, während dieser Anteil bei denjenigen ohne Behinderungen 66 % betrug.

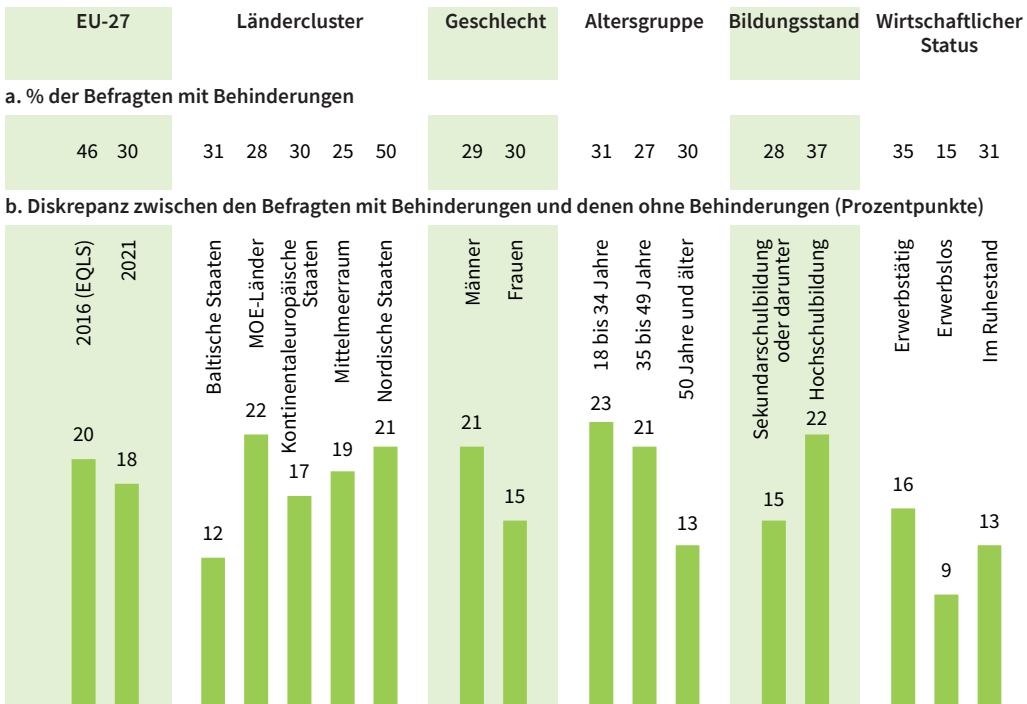
Nur 3 von 10 Befragten mit Behinderungen sahen ihrer Zukunft optimistisch entgegen

Im Frühjahr 2021 war fast ein Drittel der Befragten (30 %) mit Behinderungen der Zukunft gegenüber optimistisch eingestellt; bei den Befragten ohne Behinderungen traf dies auf knapp die Hälfte zu (47 %). In allen

untersuchten Länderclustern und soziodemografischen Gruppen war der Anteil der Befragten mit Behinderungen, die ihrer Zukunft optimistisch entgegensehen, deutlich geringer als der Anteil derjenigen ohne Behinderungen.

Doch nicht nur der Umstand, eine Behinderung zu haben, hat einen Einfluss auf den Zukunftsoptimismus; weitere Analysen haben ergeben, dass auch andere Faktoren von Bedeutung sind. Der Optimismus war bei den Unbeschäftigten am wenigsten ausgeprägt, und zwar sowohl bei den Befragten mit Behinderungen (15 %) als auch bei denen ohne Behinderungen (24 %). In den nordischen Staaten waren die höchsten Optimismus-Werte zu verzeichnen, wobei dies das einzige Ländercluster war, bei dem es in der Gruppe der Menschen mit Behinderungen ebenso viele optimistisch gestimmte Befragte wie pessimistisch gestimmte gab (Abbildung 11a).

Abbildung 11: Zukunftsoptimismus, EU-27



Hinweis: Die Ergebnisse aus der EQLS von 2016 dienen lediglich der Orientierung und können nicht mit den Ergebnissen der Online-Erhebung verglichen werden.

Quelle: EQLS 2016 und Leben, Arbeiten und COVID-19, Online-Erhebung; Berechnungen der Verfasserin

Die Diskrepanz beim Optimismus zwischen denjenigen Befragten mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen fiel in diesem Ländercluster hoch aus: 71 % der Befragten ohne Behinderungen sahen ihrer Zukunft optimistisch entgegen. Wie aus Abbildung 11b hervorgeht, ergaben sich große Diskrepanzen in den ersten beiden Altersgruppen, in einigen

Länderclustern und bei den Männern. Während bei den Befragten ohne Behinderungen die Männer optimistischer waren als die Frauen, konnten bei den Optimismus-Werten der Befragten mit Behinderungen keine Unterschiede zwischen Männern und Frauen festgestellt werden.



Empfehlungen für die Politik

- Die Ergebnisse aus der Erhebung *Leben, Arbeiten und COVID-19* stützen den in der neuen Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen formulierten Appell, weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen, mit denen die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen verbessert werden. In vielen Lebensbereichen ist die Situation dieser Bevölkerungsgruppe nach wie vor deutlich schlechter als die anderer Europäer.
- Interessenvertreter fordern seit langem aktuelle, differenzierte Daten zu Menschen mit Behinderungen. Zum Auftakt dieser neuen Strategie wird politischen Entscheidungsträgern mit der Online-Erhebung *Leben, Arbeiten und COVID-19* eine hilfreiche Bestandsaufnahme zur Verfügung gestellt. Außerdem ist diese Erhebung in der gesamten EU die einzige, die ein detailliertes Bild von der sozialen und finanziellen Situation von Menschen mit Behinderungen während der COVID-19-Pandemie liefert.
- Aus den Daten wird die Bedeutung einer erschwinglichen Gesundheitsversorgung ersichtlich, denn vielen Menschen mit Behinderungen war es während der Pandemie nicht möglich, sich ärztlich behandeln zu lassen. Ferner geht aus den Daten hervor, dass der Zugang zu medizinischen Versorgungsleistungen im Bereich der psychischen Gesundheit dringend verbessert werden muss, da ein Viertel aller Befragten mit Behinderungen von diesbezüglichen Versorgungslücken berichteten.
- Von Problemen mit der psychischen Gesundheit ist ein großer Anteil von Menschen mit Behinderungen betroffen, weshalb dieser Bereich dringend angegangen werden muss, um das weit verbreitete Depressionsrisiko in dieser Bevölkerungsgruppe zu senken. Es sind Maßnahmen zur Abschwächung derjenigen Faktoren nötig, die Probleme mit der psychischen Gesundheit begünstigen, insbesondere da die Folgen der COVID-19-Pandemie und der Kontaktbeschränkungen für Menschen mit Behinderungen deutlicher zu spüren waren als für die Bevölkerung insgesamt. Angesichts der stark ausgeprägten sozialen Ausgrenzung müssen Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, durch die Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit erhalten, ein vollständig integrierter Teil ihrer Gemeinschaft zu sein und frei entscheiden zu können, wie und mit wem sie leben.

- In einem gerechten und sozialen Europa muss Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden, denselben Lebensstandard zu genießen wie alle anderen. Die Daten lassen eine große Diskrepanz erkennen, was die finanzielle Situation von Menschen mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen betrifft, denn mehr Menschen mit Behinderungen haben von Schwierigkeiten beim Bestreiten des Lebensunterhalts, von finanzieller Instabilität und von Zahlungsrückständen berichtet. Menschen mit Behinderungen sind beispielsweise häufiger erwerbslos, was sich noch ungünstiger auf die eigene Situation auswirkt. Um die große finanzielle Ungleichheit zwischen Menschen mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen zu verringern, muss die Erwerbsbeteiligung erhöht werden.
- Anhand der Ergebnisse der Online-Erhebung lässt sich jedoch erkennen, dass selbst bei denjenigen, die eine Beschäftigung haben, auffallende Diskrepanzen zwischen Menschen mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen bestehen. Daran wird deutlich, wie dringend weitere Maßnahmen nötig sind, um die Arbeitsbedingungen von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Ein vielversprechender Ansatz hierzu ist der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte für die Sozialwirtschaft, womit das Ziel verfolgt wird, durch Nutzung des Potenzials der Sozialwirtschaft hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und zu einem gerechten, nachhaltigen und integrativen Wachstum beizutragen.
- In diesem Kurzbericht wurden Themen angerissen, für die genau zugeschnittene Konzepte erforderlich sind, um die Situation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. So sind beispielsweise Maßnahmen für junge Menschen mit Behinderungen nötig, mit denen ihr Zugehörigkeitsgefühl gestärkt wird, während im Ruhestand befindliche Menschen mit Behinderungen von Maßnahmen profitieren würden, durch die das Depressionsrisiko gesenkt werden kann.



Ressourcen

Alle Eurofound-Veröffentlichungen sind online abrufbar unter www.eurofound.europa.eu

Eurofound-Thema „Disability and chronic disease“ (Behinderung und chronische Krankheit): <https://www.eurofound.europa.eu/topic/disability-and-chronic-disease>

Eurofound-Thema „COVID-19“: <https://www.eurofound.europa.eu/topic/covid-19>

Eurofound (2017), *Europäische Erhebung zur Lebensqualität 2016: Lebensqualität, Qualität öffentlicher Dienstleistungen und Qualität der Gesellschaft*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, abrufbar unter <http://eurofound.link/ef17033>.

Eurofound (2018), *Die soziale und Beschäftigungssituation von Menschen mit Behinderungen*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, abrufbar unter <http://eurofound.link/ef18023>.

Eurofound (2021a), *Die Auswirkungen von COVID-19 auf junge Menschen in der EU*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, abrufbar unter <http://eurofound.link/ef20036>.

Eurofound (2021b), *Leben, Arbeiten und COVID-19 (Aktualisierung April 2021): Verschlechterung der psychischen Gesundheit und Vertrauensverlust in der EU, während die Pandemie ins zweite Jahr geht*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, abrufbar unter <http://eurofound.link/ef21064>.

Eurofound und EIGE (2021), *Aufwärtskonvergenz der Gleichstellung der Geschlechter: Wie weit ist die Union der Gleichheit noch entfernt?* Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg, abrufbar unter <http://eurofound.link/ef21041>.

Europäische Kommission (2021a), *Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030*, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg.

Europäische Kommission (2021b), *Wirtschaftspolitische Koordinierung im Jahr 2021: Überwindung von COVID-19, Unterstützung der Erholung und Modernisierung unserer Wirtschaft*, COM(2021) 500 final, Brüssel.

Eurostat (2021a), *Self-reported unmet needs for medical examination by level of activity limitation, sex and age* (Selbst angegebene Versorgungslücken in Bezug auf ärztliche Untersuchungen, nach Beeinträchtigung der Aktivität, Geschlecht und Alter), Datentabelle, EU-SILC, hlth_dh030.

Eurostat (2021b), *Ability to make ends meet by level of activity limitation, sex and age* (Fähigkeit zum Bestreiten des Lebensunterhalts, nach Beeinträchtigung der Aktivität, Geschlecht und Alter), Datentabelle, EU-SILC, hlth_dm060.

Eurostat (2021c), *Arrears (mortgage or rent, utility bills or hire purchase) by level of activity limitation, sex and age* (Zahlungsrückstände (Hypothek oder Miete, Versorgungsleistungen oder Ratenkäufe), nach Beeinträchtigung der Aktivität, Geschlecht und Alter), Datentabelle, EU-SILC, hlth_dm050.

Hillgrove, T., Blyth, J., Kiefel-Johnson, F. und Pryor, W. (2021), „A synthesis of findings from ‚rapid assessments‘ of disability and the COVID-19 pandemic: Implications for response and disability-inclusive data collection“, *International Journal of Environmental Research and Public Health*, Bd. 18, Nr. 18, S. 9701.

Van der Zwan, R. und de Beer, P. (2021), „The disability employment gap in European countries: What is the role of labour market policy?“, *Journal of Economic Perspectives*, Bd. 31, Nr. 4, S. 473–486.

Die eu kontaktieren

Besuch

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe-Direct“-Informationsbüros. Über diesen Link finden Sie ein Informationsbüro in Ihrer Nähe:

https://europa.eu/european-union/contact_de

Telefon oder E-Mail

Der Europe-Direct-Dienst beantwortet Ihre Fragen zur Europäischen Union. Sie Europe Direct:

- über die gebührenfreie Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Telefondienstleister berechnen allerdings Gebühren),
- über die Standardrufnummer: +32 22999696 oder
- per E-Mail über: https://europa.eu/european-union/contact_de

Informationen über die EU

Im Internet

Auf dem Europa-Portal finden Sie Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen: https://europa.eu/european-union/index_de

EU-Veröffentlichungen

Sie können – zum Teil kostenlos – EU-Veröffentlichungen herunterladen oder bestellen unter <https://op.europa.eu/de/publications>. Wünschen Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung, wenden Sie sich an Europe Direct oder das Informationsbüro in Ihrer Nähe (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

Informationen zum EU-Recht

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1952 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex: <http://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten der EU

Über ihr Offenes Datenportal (<http://data.europa.eu/euodp/de>) stellt die EU Datensätze zur Verfügung. Die Daten können zu gewerblichen und nichtgewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden.

2021 wurde eine neue Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht, mit der die Entwicklungen im Bereich der vollen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft vorangebracht werden sollen. Dass die EU ihren politischen Fokus auf Menschen mit Behinderungen verstärkt, kommt genau zum richtigen Zeitpunkt: Mit der COVID-19-Pandemie haben sich die Herausforderungen dieser Bevölkerungsgruppe in vielen Bereichen ihres Lebens weiter verschärft.

Dieser Kurzbericht enthält eine Analyse der Situation von Europäern mit Behinderungen während der Pandemie. Anhand von Daten aus der dritten Runde der Online-Erhebung „Leben, Arbeiten und COVID-19“, die von Februar bis März 2021 durchgeführt wurde, wird die Situation der Befragten in vier Bereichen analysiert – Zugang zu medizinischer Versorgung, psychisches Wohlbefinden, finanzielle Situation und Zukunftsoptimismus – und dabei ein Vergleich zwischen den Umfrageteilnehmern mit Behinderungen und denen ohne Behinderungen gezogen. Im Rahmen der Analysen ließ sich feststellen, dass die Situation der Menschen mit Behinderungen bei allen Indikatoren deutlich schlechter war.

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) ist eine dreigliedrige Agentur der Europäischen Union, die 1975 gegründet wurde. Gemäß der Verordnung (EU) 2019/127 hat sie den Auftrag, Fachwissen im Bereich sozial-, beschäftigungs- und arbeitspolitischer Strategien bereitzustellen.

